

Weltgesundheitstag 2018: «Gesundheit für alle»

WHO stellt lückenlose medizinische Versorgung in den Vordergrund.

BERN – Am 7. April fand der Weltgesundheitstag 2018 statt. Er war der flächendeckenden Gesundheitsversorgung gewidmet. Fast die Hälfte der Weltbevölkerung hat keinen Zugang zu grundlegenden Gesundheitsdienstleistungen, und jedes Jahr geraten 100 Millionen Menschen wegen ihrer Gesundheitsausgaben in extreme Armut.

Mit den Zielen der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung haben sich alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen dazu verpflichtet, bis 2030 eine flächendeckende Gesundheitsversorgung zu erreichen. Nun sind konkrete Massnahmen nötig, damit jeder überall auf der Welt Zugang zu einer qualitativ guten und erschwinglichen medizinischen Grundversorgung erhält. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat beschlossen, dieses Thema im Jahr ihres 70-jährigen Bestehens in den Vordergrund zu stellen.

Schweiz zeigt international Einsatz

In der Schweiz ist die flächendeckende Versorgung mit Gesundheitsdienstleistungen weitgehend gewährleistet. Die steigenden Gesund-



who.int/healthforall #HealthForAll



UNIVERSAL HEALTH COVERAGE: EVERYONE, EVERYWHERE



heitskosten stellen indes eine Herausforderung dar, auf die Antworten gefunden werden müssen.

Auf internationaler Ebene setzt sich die Schweiz unter anderem im Rahmen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit aktiv für die Förderung der flächendeckenden Gesundheitsversorgung ein. Die Projekte der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) legen den Schwerpunkt insbesondere auf die Stärkung der Gesundheitssysteme in den Partnerländern. Die Schweiz unterstützt beispielsweise das P4H-Netzwerk (Social Health Protection Network). Es unterstützt Regierungen, die es in Anspruch nehmen, bei der Entwicklung und Umsetzung von nationalen Strategien zur Gesundheitsfinanzierung.

Die nächste Weltgesundheitsversammlung, die vom 21. bis zum 26. Mai 2018 in Genf stattfindet, befasst sich mit der flächendeckenden Gesundheitsversorgung. Die Versammlung wird von Bundespräsident Alain Berset eröffnet. [D](#)

Quelle:
Bundesamt für Gesundheit

ANZEIGE

Streit mit Krankenkasse um Zahnersatz nach Chemotherapie

ÖKK verweigert einem Krebspatienten Kostenübernahme von Teilprothesen.

ZÜRICH – Ein 65-Jähriger verlor infolge einer Chemotherapie vier Zähne. Der Antrag auf Kostenübernahme für einen Zahnersatz wurde von der Krankenkasse abgelehnt. Der Patient will nun Einsprache erheben.

Schweizer Krankenkassen sind in der Regel nicht verpflichtet, die Kosten für Zahnersatz oder -behandlungen zu übernehmen. An-

ders liegt der Fall, wenn die Zahnbehandlung die Voraussetzung für andere medizinische Behandlungen ist oder aber Schäden durch diese verursacht wurden.

Letztgenanntes trifft nach Aussagen seiner behandelnden Mediziner auf den 65-jährigen Beat W. zu. Er erkrankte an Lungenkrebs und unterzog sich einer Chemotherapie, die ihn mehrere Zähne kostete, wie SRF berichtet.

Zwei Teilprothesen sollen die Lücken schliessen (5'700 Franken), doch die ÖKK verweigert die Kostenübernahme. Ihre Begründung: Der Patient müsse erst einmal nachweisen, dass seine Zähne vor der Chemotherapie gesund waren. Um Verzögerungen bei der Chemotherapie zu vermeiden, hatte es einen solchen Check-up nicht gegeben. [D](#)

Quelle: ZWP online

Krebserkrankungen werden künftig in der Schweiz einheitlich erfasst

Das Gesetz soll die Datengrundlage für Entwicklungsbeobachtungen bilden.

BERN – Krebserkrankungen werden künftig in der ganzen Schweiz vollzählig und einheitlich erfasst. Damit können Prävention und Früherkennung sowie Versorgung, Diagnose und Behandlung verbessert werden. Im März 2016 hat das Parlament das entsprechende Bundesgesetz über die Registrierung von Krebserkrankungen beschlossen. An seiner Sitzung vom 11. April 2018 hat der Bundesrat die dazugehörige Verordnung verabschiedet. Gesetz und Verordnung sollen Anfang 2020 in Kraft treten.

Nationale Krebsregistrierungsstelle

Die Registrierung von Krebserkrankungen baut auf dem bestehenden, dezentralen System auf. Die Fälle werden in den kantonalen Krebsregistern und im Kinderkrebsregister erfasst. Auf nationaler Ebene werden die Daten anschliessend durch die nationale Krebsregistrierungsstelle zusammengeführt und aufbereitet. Um auf nationaler Ebene über vollzählige Daten zu verfügen, wird für Spitäler und Ärzte eine Meldepflicht eingeführt.

Mit dem Gesetz können die nötigen Datengrundlagen geschaffen werden, um die Entwicklung von Krebserkrankungen zu beobachten. Dies ermöglicht, genauere Massnahmen zur Prävention und Früherkennung zu erarbeiten. Zudem können die Qualität der Versorgung, der Diagnosen und der Behandlungen beurteilt und die Versorgungsplanung sowie die Forschung unterstützt werden.

Die Verordnung regelt die Meldung und Erfassung der Daten. Von jeder Krebserkrankung werden einheitliche Basisdaten registriert. Dazu gehören die Art und das Stadium der Krebserkrankung sowie die Erstbehandlung. Bei Brust-, Prostata- oder Darmkrebs werden Zusatzdaten zu Veranlagungen sowie Vor- und Be-

Art, Zweck und Umfang der Datenbearbeitung informiert werden. Sie können der Registrierung ihrer Daten jederzeit widersprechen.

Pro Jahr werden in der Schweiz mehr als 40'000 neue Krebsfälle diagnostiziert, fast 17'000 Menschen sterben jährlich an Krebs. Gemäss Schätzungen des Bundesamts für



gleitkrankheiten erfasst, bei Kindern und Jugendlichen detaillierte Angaben zum gesamten Verlauf der Krankheit, deren Behandlung und zur Nachsorge.

Patienten müssen von einem Arzt mündlich und schriftlich über ihre Rechte, den Datenschutz und über

Statistik werden aufgrund der demografischen Entwicklung die durch Krebs bedingten Todesfälle in den nächsten 20 Jahren um rund ein Drittel zunehmen. [D](#)

Quelle:
Bundesamt für Gesundheit

ZAHNÄRZTE LIEBEN ONLINE.

WWW.ZWP-ONLINE.INFO



OEMUS MEDIA AG